

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr, die einpaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pl., Deutschland 10 bzw. 70 Pl. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwächerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 kr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, vierteljährlich 14.66 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 15.17 zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Nr. 153

Bromberg, Sonnabend den 8. Juli 1933

57. Jahrg.

Garantierte deutsche Unterrichtssprache in deutschen Minderheitsschulen.

Merkwürdig! Höchst merkwürdig! Die deutsche Schule in Polen und Pommern soll im neuen Schuljahr zwei behördlichen Anweisungen nachkommen, die einander widersprechen, ja, sich gegenseitig aufheben. Die eine kommt aus dem lichten Reiche erzieherischer Hochgedanken, die andere aus den Niederungen einer nicht immer wohlgefälligen Minderheitenpolitik. Die eine kommt von einem hohen Ministerium für Religion und Volksaufklärung und heißt: „Program nauki w publicznych i szkolach powiatowych“. („Lehrprogramm für allgemeine Volksschulen“.) Die andere kommt aus der Amtsstube der Kreisinspektoren und heißt: Verfügung über die Einführung der polnischen Unterrichtssprache in Geschichte und Erdkunde an deutschen staatlichen und privaten Schulen. Diese Verfügung hat inzwischen weitere Schulfreie erfaßt und Ausführungsbestimmungen veranlaßt, die zuberlezt zum Vergehen der restlichen deutschen Schulen hierzulande führen können. Wo deutsche Lehrer nicht imstande sind, Geschichte und Erdkunde in polnischer Sprache zu geben, will man sie verziehen (wohin?), oder es sollen ihnen polnische Lehrer zugeteilt werden. In einer deutschen Privatschule hat bereits ein polnischer ruheständiger Lehrer vorgesprochen und erklärt, er sei vom Schulinspektor angewiesen worden, die Geschichts- und Erdkundestunden zu übernehmen. Frage: Wer wird diesen ungerufenen Lehrergast bezahlen?

Nun scheint es für uns zweifellos zu sein, daß die neue Sprachverfügung der Kreisinspektoren der Verfassung und dem Minderheitenschutzvertrag widerspricht und daß darum dem deutschen Lehrer das Einspruchsrecht zusteht. Es haben auch schon mehrere Lehrer von diesem Rechte in aller Ehrerbietung pflichtschuldigen Gebrauch gemacht. Dieser und jener Schulinspektor wollte aus dem Einspruch nicht kommen lassen. Der eine hat z. B. die deutschen Privatschullehrer i. sein Bureau bestellt, ihnen das Schulstatut vorgelegt und kurz und bündig erklärt: „Hier schreiben Sie: Polnisch, Geschichte und Geographie werden in polnischer Sprache erteilt.“ Wobei er noch die antriebende Bemerkung fallen ließ: Wer sich weigert, gefährdet das Weiterbestehen seiner Schule. Ein anderer kündigte an: „Ich werde bei jeder Schulrevision feststellen, ob meine Verfügungen ausgeführt worden sind.“ Auch seine Verfügungen verlangen die polnische Unterrichtssprache in Geschichte und Erdkunde und die Abfassung der Lehrerliste, Versäumnislisten und Stoffverteilungspläne in polnischer Sprache.

Nun muß es auffallen, daß die neue Sprachverfügung gleichzeitig und schlagartig von den verschiedenen Inspektoren des großen Posener Schulbezirks verordnet worden ist. Darf man da nicht zu dem Schluß kommen, daß hinter jener Verfügung eine den Inspektoren vorgesetzte Behörde steht — etwa das Posener Kuratorium?

Ein Kuratorium untersteht dem Ministerium für Religion und Volksaufklärung. Da erscheint uns die sehr ergebene Anfrage berechtigt zu sein: Hat die Posener Schulbehörde aus eigener Machtvollkommenheit jene Sprachverfügung veranlaßt? Oder hat das Posener Kuratorium die entsprechenden Weisungen aus Warschau erhalten? Das muß man im Hinblick auf die neuen ministeriellen Lehrpläne, die für die kommende Unterrichtsarbeit verbindlich sind, mit Zug und Recht bezweifeln. Denn in dem „Program nauki“-Heft zum Geschichtsunterricht steht folgende ausgezeichnete Anweisung:

„Das Kennenlernen der Geschichte und der Kultur der nationalen Minderheiten muß in der polnischen Jugend die Achtung für diese Kulturen und die Bereitschaft zum staatsbürgerlichen Zusammenleben mit den Minderheiten im Rahmen des Staates wecken. Dagegen muß die Jugend der nationalen Minderheiten auf Grund des polnischen Geschichtsunterrichts die polnische Kultur achten und sich in sie hineinleben.“

Es ist klar: die Achtung vor der Kultur einer völkischen Minderheit ist in erster Linie Achtung vor ihrer Sprache. Denn „Volk ist die aus der Kraft der Sprache gemachene Gemeinschaft einheitlicher Geistigkeit und einheitlichen Seelentums“. Und die Bereitschaft zum staatsbürgerlichen Zusammenleben mit den Minderheiten im Rahmen des Staates setzt eine Haltung voraus, die im Einklang steht mit der Verfassung und dem Minderheitenschutzvertrag. Beide Gesetze sprechen aber u. a. ausdrücklich von dem freien Gebrauch der Muttersprache in den Schulen der nationalen Minderheiten Polens, sie sichern den anderssprachigen Staatsbürgern die „volle freie Entwicklung ihrer nationalen Eigenart“ zu.

Und die Fähigkeit zum einfühlenden Erkennen einer andersgearteten Geisteswelt kann nur die Sprache des Herzens wecken und stärken. Nur durch das Morgentor der Muttersprache dringt der werdende und reisende Mensch in der Erkenntnis Land. D. h. für uns Deutsche in Polen: Nur der Zauberschlüssel deutscher Sprachkraft wird dem deutschen Kinde und dem deutschen Jugendlichen die ihnen fremde, „linische Geisteswelt (Geschichte, Sitten, Gebräuche usw.) erschließen. Und auch das ist wahr: Der Angehörige einer nationalen Minderheit in

Die „Deutsche Rundschau“ wieder vor Gericht Urteil: Ein Monat Haft und 300 Zloty Geldstrafe.

Bromberg, 7. Juli.

Die „Deutsche Rundschau in Polen“ brachte in Nr. 8 vom 11. Januar d. J. einen Artikel unter der Überschrift „Ein lebenswichtiger Prozeß des evangelischen Deutschtums in Polen“, in dem sie sich mit zwei Berufungsprozessen beschäftigte, in deren Mittelpunkt zwei Angehörige der deutschen Minderheit standen, und zwar der staatlich angestellte Lehrer Kopp aus Bindenbrück, Kreis Znin, und der Diakon-Anwärter Reinberger aus Zinsdorf, Kreis Znin, die beide von einer Verwaltungsbehörde erster Instanz, dem Kreisstarosten von Schubin, wegen angeblicher Überschreitung ihrer Berufspflichten zu je 14 Tagen Haft verurteilt worden waren. Der Volksschullehrer Kopp hatte auf Weisung der vorgesetzten Behörde und mit Wissen des Leiters der polnischen Schule in Gurkingen, Kreis Schubin, zweimal wöchentlich in Gurkingen evangelischen Religionsunterricht erteilt, wobei er die Kinder in der Kenntnis der gotischen Schrift unterwies, da die evangelischen Religionsbücher in Übereinstimmung mit einer Verfügung des Kultusministers in gotischen Buchstaben gedruckt werden, während das gotische Alphabet in polnischen Schulen nicht gelehrt wird. Der Diakon-Anwärter Reinberger aus Zinsdorf hatte im Auftrage der zuständigen Kirchenbehörde in dem Dorfe Szaldorf, Kreis Schubin, Kinder Gottesdienste abgehalten. Dadurch hatten nach Ansicht des Starosten sowohl Reinberger wie auch der Lehrer Kopp sich schuldig gemacht, ihre Berufspflichten überschritten zu haben.

Gegen dieses im Verwaltungs-Strafrechtsverfahren ergangene Urteil hatten die Angeklagten Berufung beim Bezirksgericht in Bromberg eingelegt. Hier wurden beide erfreulicher Weise freigesprochen, nachdem das Gericht in zweitägiger Verhandlung festgestellt hatte, daß von einer Überschreitung der Berufspflichten in diesem Falle nicht die Rede sein könne. In diesem Urteil stützte sich das Gericht u. a. auf ein Schreiben des Posener Schulkuratoriums, aus dem hervorgeht, daß eine besondere Genehmigung des Kuratoriums zur Unterweisung im gotischen Alphabet nicht notwendig sei, wenn der Religionslehrer bei den Schülern Mangel an Kenntnissen in dieser Schrift feststellte.

Bei der Wiedergabe des Verhandlungsberichtes über diese beiden Prozesse sah sich die „Deutsche Rundschau“ veranlaßt, diesen Bericht wegen der außerordentlichen Bedeutung dieser Prozesse für das evangelische Deutschtum in Polen durch einen Kommentar näher zu erläutern, wobei sie die nicht allein in der deutschen, sondern auch in anderen Sprachen bei Schilderungen, Darstellungen usw. übliche Gegenwartsform gebrauchte. Und da war nun in diesem über drei Spalten langen Bericht der

Polen wird schwer zur ehrenden Achtung der polnischen Kultur kommen, wenn polnische Beamte in einer Verfügung das verbriefte Recht der nationalen Minderheit nicht zu beachten scheinen.

Beim Lesen jener trefflichen Anweisung im neuen „Program nauki“ will es einem schwer in den Sinn kommen, anzunehmen, daß die Posener Sprachverfügung im Einverständnis mit dem Warschauer Ministerium verordnet worden ist. Und darum haben wir die feste Zuversicht, daß die neue Sprachverfügung noch vor Beginn des Schuljahres 1933/34 aufgehoben wird.

Wobei wir zum Schluß die Frage aufwerfen: Wird etwa in den freiwillig gewährten polnischen Minderheitsschulen in Preußen ebenso die polnische Unterrichtssprache im Geschichts- und Erdkunde-Unterricht auf behördliche Anweisung zum Fenster hinausgeworfen, wie es mit der deutschen Unterrichtssprache in unseren Schulen geschehen soll und geschieht? Wir können mit Stolz bekennen: selbst in der größten nationalen Revolution ist das nicht geschehen! Und dabei steht den Polen in Deutschland nicht einmal die oben erwähnte internationale Garantie des Völkerbundes zur Seite; wohl aber der freie Wille eines Hundert-Millionen-Volkes im Herzen Europas, wohl aber der klar betonte und gewährte Entschluß des großen deutschen Volkskanzlers, die Rechte des andersstämmigen Volkstums zu achten und zu schützen!

Die Bastion Oesterreich.

Trotz der Genfer Abrüstungskonferenz und der Weltwirtschaftskonferenz in London und selbst trotz des plötzlich aufgetauchten Ostpaktvertrages der österreichische Frage sich dauernd im Mittelpunkt der internationalen Presseörterungen zu halten. So befaßt sich die „Action Française“ mit dieser Frage in einem längeren Aufsatz, aus dem man die verschiedenen Stimmen entnehmen kann, die das österreichische Problem im Auslande auslöst. In dem Aufsatz heißt es u. a.:

„Die deutsche Presse verdoppelt ihre scharfen Angriffe gegen die österreichische Regierung, die beschuldigt wird, die Unabhängigkeit Oesterreichs aufrecht erhalten zu wollen. In Linz, der römischen und

folgende Satz enthalten, der sich klar und eindeutig nur auf diesen konkreten Fall bezieht: „Deutsche Kinder können keine deutsche Schule mehr besuchen, die ihnen nach dem Minderheitenschutzvertrag sichergestellt wurde“. In diesem Satz erblickte die Staatsanwaltschaftsbehörde einen Stein des Anstoßes und erhob die Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Rundschau“, Johannes Kruse, aus Art. 170 St. G. B., der wegen öffentlicher Verbreitung von unwahren Nachrichten, die eine öffentliche Beunruhigung hervorrufen könnten, eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren und Geldstrafe vorfiel.

Die Verhandlung vor dem Presserichter des hiesigen Bürgergerichts fand am gestrigen Donnerstag statt. Der Angeklagte betonte, daß der Prozeßbericht selbst ein Vergehen nicht darstellen könne, da er den Prozeßverlauf wahrheitsgemäß dargestellt habe. Was nun aber den Kommentar anbelangt, so könne auch hierin ein Vergehen nicht erblickt werden, da er sich lediglich auf konkrete, in den erwähnten Prozessen zutage getretene Fälle beziehe und lediglich zu dem Zwecke geschrieben war, um den Lesern eine kurze, knappe Darstellung des Prozeßverlaufes zu vermitteln. Der Umstand, daß die beiden Angeklagten Kopp und Reinberger freigesprochen worden sind, habe bewiesen, daß es in der Tat deutsche Kinder gäbe, die keine deutsche Schule mehr besuchen könnten.

Ungeachtet dieser Erklärung stellte sich der Staatsanwalt auf den Standpunkt, daß es sich hier tatsächlich um eine Verallgemeinerung der in dem Prozeß erwähnten Fälle handle, daß die „Deutsche Rundschau“ also behauptet habe, daß alle deutschen Kinder überhaupt keine deutsche Schule mehr besuchen könnten. Dies sei aber ungewahr, da es sehr viele deutsche Kinder gebe, die deutsche Schulen besuchten. Durch die Verbreitung dieser unwahren Tatsachen habe der Angeklagte nur Beunruhigung unter die deutsche Elternschaft tragen wollen, und dies müsse hart bestraft werden. Der Anklagevertreter beantragte eine Haftstrafe von sechs Monaten und 1000 Zloty Geldstrafe.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Spiker, erläuterte in einer längeren Rede die Entstehung des Prozesses und die darin zutage getretenen Tatsachen und wies an Hand des Artikels nach, daß es sich hier ganz unmöglich um eine Verallgemeinerung, sondern nur um eine Darstellung der konkreten Fälle gehandelt haben könne, die der Prozeß ergeben habe.

Das Gericht schloß sich trotzdem den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte auf eine Haftstrafe von einem Monat und 300 Zloty Geldstrafe. Der inkriminierte Satz des Artikels sei nach Ansicht des Gerichts doch geeignet, beunruhigend zu wirken, und daher habe eine Verurteilung erfolgen müssen.

Gegen das Urteil ist selbstverständlich sofort das Rechtsmittel der Berufung eingelegt worden.

klerikalen Zitadelle, hat der Kanzler Dollfuß die Erklärung gewagt, daß 70 000 Mann in Waffen bereit wären, ihr Blut bis zum letzten Tropfen für die Verteidigung Österreichs gegen das Reich zu opfern, und der Kriegsminister Vaugoin fügte hinzu, daß er sich in der Lage fühle, allen Eventualitäten zu begegnen. Das sind, wie es scheint, Worte des Hasses, die die nationalsozialistischen Blätter, die wegen der Mäßigung ihrer Sprache bekannt sind, verurteilen. Sie erklären außerdem mit Entsetzen, daß Österreich Unterstützung im Auslande sucht, namentlich bei der römischen Kirche und bei Frankreich. Ein englisches Blatt, der „Daily Express“, der seit längerer Zeit einen besonderen Eifer für das Hitler-Regiment an den Tag legt, hat, um die Rolle Österreichs als Agent Frankreichs gegen das Reich zu umgrenzen, die Bezeichnung „zweites Belgien“ dafür erfunden, einen Ausdruck, den der „Völkische Beobachter“ mit großer Befriedigung übernimmt.

Um zu ernstlichen Dingen überzugehen, so ist zu befürchten, daß die Zeit nicht für Österreich arbeitet, und daß Herr Dollfuß, wenn sein Land auf sich selbst angewiesen bleibt, trotz seiner großen Energie nicht imstande sein wird, dem schrecklichen Druck des benachbarten Reiches dauernd zu widerstehen. Um Österreich zu retten, muß man unverzüglich handeln. Alle Welt ist sich darüber einig. Leider hört diese Einigkeit auf, wenn sie in die Praxis übertragen werden soll. Italien hat trotz aller Dementis die Idee einer österreichisch-ungarischen Union unter der Ägide eines Habsburgers akzeptiert, aber die Reise von Gömbös nach Berlin hat berechtigte Bedenken hervorgerufen. Die Staaten der Kleinen Entente und im erster Linie die Tschechoslowakei erheben gegen jeden Plan einer monarchistischen Restauration den entschiedensten Widerstand. Was die französische Diplomatie anlangt, so schwankt sie zwischen der Furcht, sich bei Mussolini unbeliebt zu machen und der Furcht, Herrn Benesch zu mißfallen, und verzichtet auf jede Initiative. Die „Frankfurter Zeitung“ behauptet, daß die Herren Benesch, Fentitich und Titulescu Herrn Paul-Boncour eingeschüchtert hätten. Es ist möglich, daß sie damit recht haben. Es bleibt noch der Vatikan, der der natürlichen Verbündete und Protektor des katholischen Österreichs sein müßte. Da er auch Verhandlungen mit dem Reich über ein Konkordat begonnen hat, müßte er auch ein Wort zur österreichischen Unabhängigkeit zu sagen haben. Kann man aber an die

Zelligkeit des römischen Verhaltens glauben: Ist nicht vielmehr zu fürchten, daß man sich, des Krieges müde, mit dem Anschluß abfindet, in der dimarischen Hoffnung, daß bei einer Einverleibung Österreichs ins Reich die Macht des katholischen deutschen Blocks gegen, das lutherische Preußen verstärkt würde? Zieht nicht Herr von Papen, der Verführer, an demselben Stränge? Herr Eduard Helsey, der in Österreich mit Recht den Eckstein des Katholizismus in Mitteleuropa sieht, scheint zu glauben, daß der Kardinal Pacelli, der ein guter Kenner der deutschen Verhältnisse ist, verstehen wird, die Sache auf guten Weg zu leiten. Wir hoffen, daß er recht behält. Denn man darf nicht ermüden, zu behaupten, daß die Gefahr dringend ist. Wenn man Österreich sich selbst überläßt, wird es unterliegen. Für Hitler, der in dieser Frage alle Deutschen, ohne Ausnahme hinter sich hat, handelt es sich hier um eine Frage erster Ordnung; und es gibt nur ein Mittel, sie zu lösen: Österreich muß aufliegen! Die Frage ist gleichzeitig eine Machtprobe. Werden die europäischen Staaten, die uneinig und nicht imstande sind, sich untereinander zu verständigen, Österreich seinem Schicksale überlassen? Und werden sie nach formellen Protesten und einigen Schreien der Entrüstung ihre Augen zumachen? Dann würde Deutschland so ermutigt werden, daß es alles wagen würde. Wenn man die Freiheit(?) in Europa retten und der schrecklichen germanischen Hegemonie entrinnen will, so muß man an der österreichischen Bastion festhalten. Das ist heute die Schlüsselstellung. Wenn diese weggerissen wird, wird der Rest folgen!

Der Kampf um Oesterreich.

Wien, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Kärntner Landtag wurden nunmehr gleichfalls die nationalsozialistischen Mandate außer Kraft gesetzt. Außerdem ist der steirische Heimatschutz verboten worden.

Der Ausbruch in London.

London, 7. Juli. (P.M.) Das Präsidium der Weltwirtschaftskonferenz hielt gestern Abend eine Sitzung ab, nach welcher folgendes offizielle Communiqué herausgegeben wurde: Das Präsidium hat einmütig folgende Entschlüsse angenommen, die der Vorsitzende Macdonald nach Verständigung mit einer Reihe seiner Kollegen vorgelegt hatte:

1. Das Präsidium ist durchaus entschlossen, die Arbeiten der Konferenz im breitesten Rahmen und so schnell wie möglich fortzusetzen.

2. Infolge der Meinungsverschiedenheiten, die in der letzten Zeit entstanden sind, sahen sich die Staaten, die sich auf die Goldparität stützen, gezwungen, zu erklären, daß es für sie vorläufig unmöglich ist, sich an irgend einer Diskussion in der Valutasfrage zu beteiligen.

3. Gleichzeitig erklärt sich das Präsidium damit einverstanden:

a) daß jedem der Unterkomitees empfohlen werde, sobald als möglich zusammenzutreten, um ein Verzeichnis der Fragen aufzustellen, die unter den obwaltenden Umständen positiv erledigt werden könnten.

b) daß man, sobald die Berichte der Unterkomitees vorliegen, zusammentritt, um Vorschläge über den Bereich der weiteren Konferenzarbeiten vorzubereiten.

Das Präsidium wird sich am Montag abermals versammeln, um sich mit den Berichten zu beschäftigen, die von den Unterausschüssen vorbereitet werden sollen.

Zeichen der Zeit.

Aus Gnesen wird uns berichtet:

In der Nacht zum Sonntag wurde das deutsche Firmenschild der hiesigen Spar- und Darlehnsbank abgerissen und ein Kreuzbaum an der evangelischen Kirche umgebrochen. Gewisse Anhaltspunkte

sprechen dafür, daß die Täter junge polnische Leute der „gebildeten“ Gesellschaftsklasse sind, die später einmal Führer des Volkes sein sollen.

Ein weiterer Vorfall hat sich vor kurzem abgespielt, der die Erziehung der polnischen Schüler beleuchtet. Der Seelsozialerger der deutschen Katholiken, der sich allgemeiner Wertehaltung erfreut, wurde auf einem Spaziergang von einem polnischen Schüler mit dem Worten begrüßt: „Ty niemiecko swinio, idz do Berlina!“ („Du deutsches Schwein, geh nach Berlin!“) Der Name des Schülers wurde festgestellt. Das Lehrerkollegium der betreffenden Schule hat sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen.

Deutsches Reich.

Neue Ostpreußenhilfe.

Berlin, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In einer unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Besprechung über Maßnahmen zum Wiederaufbau der ostpreussischen Wirtschaft wurde die Einleitung einer gesonderten Aktion zugunsten Ostpreußens beschlossen.

Preussisches Ehrenmal für Polizeibeamte.

In einem Rundschreiben hat der preussische Minister des Innern die Auslegung eines „Goldenen Buches“ im Polizeieinstitut Berlin-Charlottenburg angeordnet.

In dieses Goldene Buch sollen alle Polizeibeamten, einschließlich der Landjäger und der Gemeindepolizisten, die seit dem 6. 10. 1920 ihr Leben zur Erhaltung von Sicherheit und Ordnung geopfert haben, eingetragen werden. Bei jedem dieser Beamten werden der Dienstrang, der Name, die Dienststelle, der Anlaß des Todes und der Todesort verzeichnet, und nach Möglichkeit soll dieser Eintragung in das Ehrenbuch der preussischen Polizei auch ein kleines Bild und eine kurze Schilderung der Tat des Gefallenen beigegeben werden.

Wie die Deutsche Studentenschaft mitteilt, hat die Führung der Deutschen Studentenschaft die Beziehungen zur Leitung des Verbandes Kössener Korpsstudenten abgebrochen.

Die „Kulturwehr“ erscheint wieder...

Nach 1/2-jähriger Pause ist die Zeitschrift „Kulturwehr“, das Organ des unter polnischer Führung stehenden „Verbandes der nationalen Minderheiten im Deutschen Reich“, wieder (im 9. Jahrgang) unter der alten Redaktion des bekannten Wendenführers Jan Skala erschienen. Der Herausgeber hofft, die in Berlin erscheinende Zeitschrift bald vierteljährlich und dann monatlich herauszubringen.

Veränderungen im Vorstände des Langnam-Vereins.

Der Vorsitzende des Langnam-Vereins und der Nordwestlichen Gruppe, Dr.-Ing. Fritz Springorum, ist von seinem Amte zurückgetreten. Sein Nachfolger ist der Großindustrielle Fritz Thyssen.

Auch Dr. Max Schlenker, der erste Geschäftsführer des Langnam-Vereins und der Nordwestlichen Gruppe, ist zurückgetreten.

Der Langnam-Verein ist eine Organisation der rheinischen Großindustrie, die zur gemeinsamen Lösung gemeinsam interessierender, auch nicht wirtschaftlicher Probleme ins Leben gerufen wurde. Bei seiner Taufe erhielt der Verein einen unmäßig langen Namen. So sprach man bald von dem „Verein mit dem langen Namen“ und danach nur immer vom „Langnam-Verein.“

Helmar Rosting 40 Jahre alt.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 7. Juli.

Morgen wird der Hohe Kommissar des Völkerbundes, Helmar Rosting, 40 Jahre alt. Er ist am 8. Juli 1893 in Thisted in Dänemark geboren. Nach Beendigung seiner Universitätsstudien in Kopenhagen wird er 1918, also mit

die Milch zu 90 Prozent mit Wasser vermischt ist. Dagegen sind die Preise aber außerordentlich hoch.

Ein Liter solcher „vermengerter“ Milch kostet im Durchschnitt 1,20—1,50 Rubel (2,40—3 RM.),

Schweinefleisch 40 RM., das Kilo, Gummischuhe 20—24 RM., das Paar, aber in dieser niedrigen Preislage kann man nur getragene bekommen, Schafstiefel 240 RM., getragene Unterwäsche 50 RM., pro Garnitur, ein Paar baumwollene Socken 12—16 RM., Damenstrümpfe 30—50 RM., baumwollene Beinkleider 60—100 RM., ein Gummimantel 300—400 RM.

In Fabriken, Schreibstuben und Bergwerken wählt man einen „Bevollmächtigten“, dessen Aufgabe es ist, stets auf der Lauer zu sein und aufzupassen, wenn in den staatlichen Läden Seife, Stoffe, Stiefel oder sonstige Waren auftauchen. Sie müssen unverzüglich ihre Belegschaft benachrichtigen, und dann geht es im Lauffschritt zu dem betreffenden Laden. Wer zu spät kommt, bekommt nichts mehr. Aber auch der „Bevollmächtigte“ ist nicht in der Lage, die Situation zu retten: wo nichts ist, kann auch die schärfste Aufpasserei nichts nützen. Wenn der Winter da ist, sind die staatlichen Geschäfte nach wie vor leer und man muß seinen Bedarf wieder auf dem Privatmarkt decken, wenn man dazu in der Lage ist. So ist der einzige Ausweg, zu den notwendigen Bedarfsgegenständen zu kommen, immer der Privatmarkt. Daß die große Masse der Bevölkerung mit ihrem geringen Einkommen ihren Bedarf auf dem Privatmarkt aber nicht eindecken kann, zeigen die oben angeführten Preise.

Auch an den Straßenecken wird gehandelt: mit Tabak, Streichhölzern, Zigaretten, Stiefelschmieren, Äpfeln, Gurken, Räucherfischen usw. Aber alle diese Waren sind nur denen erreichbar, die in einer höheren Gehaltsgruppe geführt werden. Ein gewöhnlicher Arbeiter kann nie so viel Geld erübrigen, daß er sich auf dem Privatmarkt ein Viertel-pfund Tabak für 8—15 Rubel (16—30 RM.) kaufen könnte. Alles das gilt als Luxus.

Die Massen stürmen in den Städten von einem Geschäft ins andere. Aber überall schallt ihnen die Antwort entgegen: „Haben wir nicht!“

Überall findet man Kauflustige, aber keine Ware.

25 Jahren, neutraler Delegierter für den Besuch der Kriegsgefangenenlager in Frankreich. Noch nicht 27 Jahre alt, tritt er im Mai 1920 in das Sekretariat des Völkerbundes ein, das ihm eine großartige Laufbahn erschließt. Die ersten vier Jahre in der Minderheitenabteilung beschäftigt, geht er 1925 in die Abteilung für internationale Verwaltungs-Angelegenheiten über. Hier kommt er vor acht Jahren zuerst mit Danzig in Berührung, denn die Angelegenheiten der Freien Stadt, soweit sie den Völkerbund beschäftigen, gehören zur Zuständigkeit dieser Abteilung. Hier bewährt er sich so gut, daß er 1930 Leiter dieser Abteilung wird. Als solcher kam er wiederholt nach Danzig und unter seiner Mitwirkung bringt Graf Gravinna das Protokoll zwischen Danzig und Polen zustande, von dem man eine Beendigung des Wirtschaftskrieges gegen Danzig erhoffte, das aber noch nicht die erwünschte Wirkung hatte. Nach dem jähen Tode des Grafen Gravinna wurde er sein vorläufiger Nachfolger und hat sich auch in dieser Eigenschaft um die Entspannung der Danzig-polnischen Beziehungen bemüht. Bekanntlich wird Herr Rosting im Oktober dieses Jahres seinen Danziger Posten verlassen, um sein neues Amt als Direktor der Minderheitenabteilung anzutreten.

Der Hohe Kommissar ist seit 1927 mit der Tochter des Grafen Bathier Hamilton in Stockholm verheiratet.

Aleine Rundschau.

Wilde Panik in einem Zirkus.

Drei Tiger ausgebrochen.

London, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einer Vorstellung des englischen Zirkus Bertram Mills in Devonport bei Plymouth brachen drei Tiger aus einem Käfig aus und sprangen in die ungeschützte Arena. Während einer der Tiger vor selbst in seinen Käfig zurückkehrte, sprangen die beiden anderen in die Zuschauermenge und richteten eine große Panik an. Durch das Schreien der Menge in große Aufregung versetzt, sprangen die Tiger wild über die voll besetzten Tribünen hinweg. Ein Tiger verletzte eine Zuschauerin durch einen Frankenhieb, so daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Zahlreiche Frauen sanken in Ohnmacht. Hunderte von Menschen suchten an die Eingänge zu gelangen. Es entstand ein großer Tumult. Schließlich kamen die Tiger ins Freie und machten sich auf den Weg nach Plymouth. Sie wurden aber mit Hilfe von mehreren Soldaten und Matrosen mit Netzen wieder eingefangen und in ihre Käfige zurückgebracht.

30 Kinder in der Maas ertrunken.

Brüssel, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Chaussee zwischen Namur und Dinars ist ein Autobus mit über 40 Schulkindern, die von einem Ausflug heimkehrten, auf einer Wegebiegung aus einer hohen Schüttung in die Maas gestürzt. 30 Kinder sind ertrunken.

„Graf Zeppelin“ in Rio de Janeiro.

Hamburg, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ um 17.50 Uhr Ortszeit mit seinen Passagieren und Frachtgütern im Flughafen Rio de Janeiro gelandet. Für die sich unmittelbar anschließende Rückfahrt nach Deutschland über Pernambuco ist das Luftschiff bis auf den letzten Platz besetzt.

Ein französischer Passagierdampfer gesunken.

Paris, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Casablanca ist der französische Passagierdampfer „Nicola Paquet“ in der Nähe von Tanger auf ein Riff aufgelaufen und gesunken. Die Passagiere und die Besatzung konnten gerettet werden. Der Dampfer „Nicola Paquet“ ist ein Schiff mittlerer Größe, das den Dienst zwischen Nordafrika und den französischen Hafenstädten an der Westküste Frankreichs versieht.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 7. Juli 1933.

Artau — 2,24, Zawichost + 1,42, Warschau + 1,26, Ploel + 0,71, Thorn + 0,68, Jordan + 0,71, Culm + 0,66, Graudenz + 0,89, Rurgrat + 1,05, Biedel —, Dirschau + 0,12, Emlage + 2,32, Schiemenhof + 2,52.

Ein Brot für 20 Mark!

Bilder aus Sowjetrußland.

Ein hoher sowjetrußischer Funktionär, der seit 1918 in Rußland tätig gewesen ist, ist jetzt nach seiner Heimat — in die baltischen Provinzen — zurückgekehrt und hat die nachfolgenden, zur Beurteilung der wahren Lage in Rußland außerordentlich illustrierenden Zeilen verfaßt.

Außer den Genossenschaftsläden, in welchen an lebenswichtigen Produkten ein ständiger Mangel herrscht, und einigen staatlichen Magazinen für hochwertige Gebrauchsgegenstände bestehen in den Hauptstädten immer noch einige vereinzelte Privatgeschäfte. Solche Geschäfte führen Trikotasen, Strümpfe, Schals, Hüte und Modeartikel, Spielzeug und dergleichen mehr. Auch die ausländischen Konzessionäre verkaufen ihre Waren nicht durch staatliche Organisationen, sondern direkt. So hat eine österreichische Firma in Leningrad eine Textilhandlung, eine deutsche chemische Firma verkauft Druckerwärmer usw.

Aber auch einige Lebensmittelhandlungen sind noch in Privatband. Im Jahre 1930 existierten in Leningrad noch zwei Lebensmittelgeschäfte, die mit Milchprodukten handelten. Hauptächlich sind aber Privathändler auf den Märkten tätig. Außer den gewerbmäßigen Händlern gibt es eine große Anzahl von Bauern, die ihre Produkte los werden wollen. Die Preise sind auf dem Markt die gleichen, wie auch in den Privatgeschäften. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß die Produkte auf dem Markt schlechter sind, als in den Privatgeschäften.

Butter, Speck, Rindfleisch, Beeren und Kartoffeln sind in guter Qualität auf dem Markt nie zu haben. Stets wird ein Ersatzmittel angeboten. Butter ist mit Schmalz vermischt, der Milch hat man andere Flüssigkeiten beigegeben, vorwiegend Wasser, das Fleisch ist immer alt und riecht stark.

Eine sanitäre Kontrolle wird auf den Märkten nicht ausgeübt.

so daß man leicht das Fleisch eines kranken oder verendeten Tieres kaufen kann. Milchproben werden nicht gemacht. Das erscheint auch gänzlich überflüssig, da jeder weiß, daß

Die Verkäufer gähnen, sitzen auf den Badentischen und erzählen einander Anekdoten. . .

Die Genossenschaften müssen aber für die Räume Miete zahlen, ferner Gehälter (fürs Nichtstun), Heizung, Licht. Ich kaufte mir einst in einem Privatgeschäft ein Weißbrot von 25 Pfund. Infolge des Papiermangels konnte mir das Brot nicht ganz eingepackt werden, so daß ein Teil davon sichtbar blieb.

Das Brot kostete 20 Mark.

Alle, die mir auf der Straße entgegenkamen, hielten mich an und fragten, wo ich das Brot herhätte. Enttäuscht gingen sie weiter, als sie hörten, daß ich es mir in einem Privatgeschäft erstanden hätte: „Zu teuer! Können wir nicht kaufen!“ W. L.

Brüder in Not.

Die im Reichsausfluß „Brüder in Not“ zusammengeschlossenen volksdeutschen und kirchlichen Verbände erlassen folgenden Aufruf:

„Eine fürchterliche Hungersnot breitet sich über Rußland aus, Millionen von Menschen, Bauern und Arbeiter, sind ihr bereits zum Opfer gefallen. Ganze Landstriche sind ausgehoben, Verzweiflung und Gramen sind in die Dörfer und Städte eingezogen.“

In diese Hungerkatastrophe sind 1 1/2 Millionen unserer deutschen Volks- und Glaubensgenossen mit hineingerissen. Zehntausende der treuesten und tüchtigsten Menschen werden von der Hungerpest dahingerafft. Tausende von Notschreien und Hilferufen geben täglich Kunde von der entsetzlichen Todesnot, in die sie schuldlos geraten sind. Gras, Baumrinde, Torf, Eidechsen, Frösche, Kägen, Hunde und Kadaver müssen den Zusammenbrechenden und Verzweifelten als letzte Nahrung dienen. Auf den Feldern und an den Landstraßen liegen die Leichen der Verhungerten. Seuchen und Epidemien halten ihre graußige Ernte.

Wir können nicht länger schweigen. In unheurerbarer Eile zu unserem Volkstum, in grenzenloser Liebe zu unseren verderbenden Brüdern erheben wir laut und eindringlich vor aller Welt unsere Stimme. Es geht

Ein entscheidender Sonntag der Evangelischen Kirche.

In Berliner Gotteshäusern.

Der Berliner „Täglichen Rundschau“ entnehmen wir — ohne Änderung der Überschriften und ohne Kürzung folgenden aufschlußreichen Bericht über den Verlauf des für die Evangelische Kirche so bedeutungsvollen letzten Sonntags (2. Juli) in einigen Berliner Gotteshäusern. Das früher christlich-soziale Latzkeis-Organ, das sich jetzt uneingeschränkt zum Nationalsozialismus bekennt, läßt sich also vernehmen:

So sehr man die Vorgänge in der evangelischen Kirche heute bedauern mag, sie haben doch ein Gutes: eine ganz außerordentliche Teilnahme des Kirchenvolkes wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Der Berliner Dom war am vergangenen Sonntag überfüllt, wie sonst nur am Heiligen Abend. Hier predigte der kommissarische Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, Wehrkreispfarrer Müller, der Bevollmächtigte des Reichskanzlers. Aber auch überall sonst in den Gemeinden äußerte sich die Bewegung im Kirchenvolk in einem verstärkten Besuch der Gottesdienste. Wollte man doch wissen, wie der einzelne Pfarrer zu den letzten Anordnungen des Kirchenregiments Stellung nehmen würde. Die alte Kirchenregierung hatte einen Buß- und Betgottesdienst, die neue einen Dankgottesdienst befohlen. Von der letzteren stammte auch die Verfügung, die Flaggen der nationalen Revolution auf den Kirchengebäuden zu hissen.

Der Gewissenskonflikt, der damit an viele Pfarrer und Gemeinden herangetragen wurde, ist wohl der schwerste seit Jahren gewesen. Es war ein Sonntag der Scheidungen und der Entscheidungen, ein Sonntag der Kirche.

Das Bild der Unruhe und der Bewegung, das die Kirche am vergangenen Sonntag bot, läßt die Hoffnung wecken, daß einmal das „Jahrhundert der Kirche“ anbrechen wird, von dem die alte Generation in der Kirche sprach.

Wehrkreispfarrer Müller im Dom.

Im Berliner Dom hatte eine Abteilung SS am Altar aufgestellt. In der Liturgie war anstelle des Apostolischen Glaubensbekenntnisses des Nicäischen getreten. Wehrkreispfarrer Müller predigte über Johannes 6,60. Bei der Verlesung des Textes war beachtenswert, daß Vers 64 überfetzt war: „Aber es sind einige unter euch, die kein Gottvertrauen haben, während die Luther-Übersetzung hier sagt: „... die glauben nicht.“ In der Predigt führte Wehrkreispfarrer Müller u. a. aus:

Wir Lebenden sind im Allerhöchsten der Seele so stark verbunden mit dem Ewigen, weil wir wissen, daß der Mann, den uns Gott gesandt hat, zu dem wir aufblicken als dem Führer, ein so einfaches, unkompliziertes, starkes Gottvertrauen hat. Es war nicht Menschenwerk allein, was seit den letzten Jahren geschehen ist, und es wird mir immer ein unvergesslicher Augenblick bleiben, als der Führer unmittelbar nach der Betragung mit dem Kanzleramt zu mir sagte: Mir ist alles wie ein Wunder Gottes.

Wenn Menschen sich in diesen Tagen gegenüberstehen, so ist es selbstverständlich, daß jeder seine Überzeugung für die richtige hält, weniger verständlich aber, daß jeder für sich den lieben Gott in Anspruch nimmt. Wir können nicht immer für uns das Recht in Anspruch nehmen, daß das, was wir tun, nun wirklich in den Gang der Geschichte passen wird. Wir können nicht sagen: Was wir wollen, ist Gottes Wille. Aber wir fühlen, daß dahinter etwas Ähnliches steht: Wir haben das Gottvertrauen, das daraus etwas werden muß, das Bestand hat für lange Zeit.

Auf den Predigttext zurückkommend, führte der Prediger weiter aus, das Wort des Heilands, an dem sich die Jünger gestoßen hätten: Denn mein Fleisch ist die rechte Speise und mein Blut ist der rechte Trank... sei so zu verstehen: Ihr müßt die Wahrheit Gottes so ganz in euch aufnehmen wie eine Speise, als ob ihr mein Fleisch äßt... und fuhr dann fort: „Ich möchte einmal wissen, wieviele unter uns sind, die noch in der Bibel lesen, die, bevor sie einschlafen, eine halbe Minute still sind und beten. Warum haben wir denn verlernt, die Sprache des Ewigen zu hören? Warum lesen wir denn nicht mehr in diesem Buch? Weil die Sprache dort uns Menschen von heute nicht mehr zu Herzen geht. Weil wir nicht mehr verstehen, was da gesagt und gemeint ist. Und weil die Kirche lange Zeit hindurch nicht das Wort gefunden hat, das zu den Herzen der Menschen geht. Deshalb wollen wir zurück zu dem Ewigen, von dem wir wissen, daß er da ist, wollen seine Sprache, in der er spricht, hören in der Art unseres Fühlens und Denkens.“

Gottvertrauen sei nicht innere Schläflichkeit, sondern eine lebendige Kraft, ein Bewußtsein, ein Fühlen, eine Gemüthsheit, daß das Gute besser ist als das Böse, daß das Anständige besser ist als das nicht Anständige, das Vornehme besser als das Unvornehme und daß die Wahrheit den allerletzten Sieg behalte. Aus dieser ganzen seelischen Einstellung heraus müsse Kampf geboren werden. Erst wo ein einzelnes Leben in diesem Sinne als Kampf erlebt werde, spüre der Mensch, wo Gottes Kraft liegt. Darum sollen wir alle, die in diesen Zeiten stehen und kämpfen, unser innerliches Vertrauen und unsere letzte, beste Kraft nehmen aus diesem starken, gewaltigen, heiligen Vertrauen zu Gott, die Kraft keine Kompromisse einzugehen bis der Sieg kommt, der den göttlichen Funken in sich trägt. Das brauchen wir für unser persönliches Leben, für unsere Kirche und für unser Volk.

Die Gemeinde sang hierauf den letzten Vers des Reformationssliedes: „Das Wort sie sollen lassen stahn...“

Nach dem Gottesdienst im Dom bildeten sich auf der Freitreppe sofort kleinere Gruppen, die die Predigt und die veränderte Liturgie — Vater unser und Segen hatten eine neue Fassung erhalten — eifrig besprachen. Die Meinungen, die laut wurden, ließen erkennen, wie stark das Kirchenvolk von den Ereignissen der letzten Wochen aufgerüttelt worden ist. Dann öffnete sich das Portal und Wehrkreispfarrer Müller mit seinen Begleitern, Beamten des Kultusministeriums und Mitgliedern der Reichsleitung der „Deutschen Christen“ erschien, geleitet von einer Abteilung SS. Mit erhobener Hand erwiderte er auf der Freitreppe den Gruß zahlreicher Anhänger, die ihn hier erwartet hatten, und begab sich dann zu seinem Wagen.

Geistliche sprechen nach ihrem Gewissen.

Auch von der Dreifaltigkeitskirche, neben dem Kaiserhof, in dem Hitler früher in Berlin abzuweilen pflegte, wehten, wie vom Dom und von den meisten evangelischen Kirchen Berlins, neben der Kirchenfahne die Flaggen der nationalen Revolution. In dieser Kirche, zu deren Gemeindegliedern auch der Reichspräsident von Hindenburg zählt, und die von den evangelischen Anwohnern der Wilhelmstraße besucht zu werden pflegt, war allerdings kaum eine Unruhe zu spüren. Nur ein einziger uniformierter Nationalsozialist hatte sich zu dem Gottesdienst eingefunden, den Pfarrer Baumgarten hielt. Der Predigt war das Gleichnis vom Feigenbaum zugrundegelegt, das der Prediger in sehr feiner Weise auf die Lage von Volk und Kirche heute anwandte, womit er eigentlich beiden Forderungen, sowohl des alten als auch des neuen Kirchenregiments gerecht wurde.

Wiederum ein anderes Bild bot die Apostel Paulus-Kirche in Schöneberg, an der Pfarrer von Rabenau, der Führer der in der jungreformatorischen Bewegung stark hervorgetretenen Sydower Pfarrerbruderschaft tätig ist. Das Kirchengebäude zeigte keinerlei Flaggen Schmuck, außer einer Falkenkreuzfahne, die nicht von der Gemeindefürsorgeverwaltung angebracht worden war. Vor Beginn des Gottesdienstes marschierten vier nationalsozialistische Fahnenabteilungen ein, die neben dem Altar aufstellung nahmen, während zahlreiche Nationalsozialisten in Uniform die hinteren Bänke der Kirche besetzten. Pfarrer von Rabenau sprach über das Wort Gottes: „Ich bin der Herr, dein Gott, du sollst keine anderen Götter neben Mir haben...“, und machte den Gewissenskonflikt, in den die Kirche durch die Einsetzung eines kommissarischen Kirchenregiments geraten ist, zum Gegenstand einer tiefgreifenden Predigt, die von den nationalsozialistischen Besuchern mit großem Ernst angehört wurde. Der Prediger berief sich auf Paulus' Wort: „Ich übe mich zu haben ein unverletztes Gewissen vor Gott und den Menschen“. Deshalb könne er keine Dank- und Festpredigt halten. Die anwesenden Nationalsozialisten sprach er unmittelbar an: „Ihr wißt, daß heute in unserem Volk viel Zwang geübt wird und die Menschen oft nicht mehr zueinander Vertrauen haben. Die Kirche aber muß der Ort bleiben, wo Mensch zum Menschen, ohne Zwang und Furcht, offen gegeneinander sein dürfen.“

Sehr eindrucksvoll war auch der Gottesdienst, der abends um 6 Uhr von Pfarrer Jacobi in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche gehalten wurde. Hier hatte vormittags ein stark besuchter Gottesdienst mit dem kommissarischen geistlichen Vizepräsidenten, Pfarrer Hoffenfelder, Reichsleiter der Deutschen Christen, stattgefunden, der über das Wort sprach: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit...“

Im Abendgottesdienst, zu dem ein ganz anderer Kreis Gemeindeglieder sich gesammelt hatte, sprach Pfarrer Jacobi zu seiner Gemeinde über Matth. 21, 12—16, und legte dar, daß die wahre Kirche nicht die äußere, glanzvolle Kirche der großen Ereignisse sei, sondern die Kirche der Kleinen und Armen, der „Sokannab“, d. h. „Silf uns doch“ Rufenden. Nach der Verlesung der Botschaft Hoffenfelders machte Pfarrer Jacobi die Mitteilung, daß auf der Versammlung von Berliner Pfarrern beschloffen worden sei, falls es zu Verhaftungen von Pfarrern kommen sollte, den Gemeinden die Namen der Betroffenen bekanntzugeben. Er teilte demgemäß mit, daß am Sonntagmorgen nach dem Gottesdienst in der Kirche zu Steglitz der 66-jährige Pfarrer Großmann verhaftet worden sei. Nach näheren Erkundigungen handle es sich um ein Eingreifen von SA-Leuten, die Pfarrer Großmann der Hilfspolizei übergaben. Pfarrer Großmann ist von der Hilfspolizei zum Konfitorium gebracht worden, dann aber wieder freigelassen worden. Pfarrer Großmann hatte über Phil. 1, 15 ff. gepredigt: „Erliebe zwar predigen Christum auch um Meißes und Haders willen; erliche aber aus guter Meinung. Jene verkündigen Christum aus Zank und nicht lauter; denn sie meinen, sie wollen eine Trübsal zuwenden meinen Vätern; diese aber aus Liebe; denn sie wissen, daß ich zur Verantwortung des Evangeliums hier liege. Was tut's aber? Daß nur Christus verkündigt werde allerleiwiese, es geschehe zum Vornam oder in Wahrheit, so freue ich mich doch darin und will mich auch freuen...“

Im Berliner „Evangelischen Pressedienst“, der bekanntlich jetzt auch dem kommissarischen Kirchenregiment gleichgeschaltet ist, wird über die vorerwähnten Predigten in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, in Schöneberg und Steglitz kürzer, aber in gleichem Sinne berichtet. Es heißt dann zum Schluß: „Diese Verstöße werden ihre Ahndung finden.“

Generalsuperintendent D. Wehrlich,

bekannt durch seine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den „Deutschen Christen“ in Westfalen, hat vor dem von Wehrkreispfarrer Müller einberufenen Ausschuss am 3. Juli 1933 folgende Erklärung abgegeben:

„Es ist mir unsagbar schwer geworden, der Einladung zu dieser Sitzung, für die ich Herrn Wehrkreispfarrer Müller danken möchte, zu folgen. Wenn ich mich dennoch nach schwersten inneren Bedenken dazu entschlossen habe, so ist das geschehen, weil ich Ihnen, der Sie ja westfälischer Pfarrer gewesen sind, durch mein Erscheinen bezeugen wollte, daß ich mich aus heiserer Liebe zu meiner Kirche und zu meinem Volk der Mitarbeit am Verfassungswerk nicht grundsätzlich verweigere.“

Aber um des Beweises willen muß ich hier folgendes aussprechen: Es ist eine Sitzung für morgen anberaumt. Ich halte mich aber für verpflichtet, zu meinen Westfalen zurückzukehren, weil dort infolge der Vorgänge in der Altpreussischen Kirche Hunderte von Pfarrern und Gemeinden in schwerster Verwirrung und Gewissensnot sind. Ihnen habe ich beizustehen und nahe zu sein. Ist dieser Notstand durch den in Aussicht gestellten baldigen Friedensschluß beseitigt, halte ich mich gern zur Mitarbeit zur Verfügung, wenn Sie mich wieder rufen. So lange aber der jetzige Zustand besteht, der sich u. a. dahin ausgewirkt hat, daß westfälische Pfarrer von Zuhältern der Polizeigewalt vorgeladen sind, dort Befehl erhalten haben, und zwar im Namen der Preussischen Staatsregierung, daß sie von ihren kirchlichen Oberen, also auch von mir, keinerlei Weisungen mehr entgegenzun-

nehmen hätten, muß ich sehen, daß ich meinen Pfarrern beistehende, die nicht verstehen würden, wenn ich in diesem Gremium jetzt und unter dem in Altpreußen bestehenden Zustande mitarbeiten würde.“

Wehrkreispfarrer Müller,

der kommissarische Leiter des Kirchenbundesamtes, hat durch den Evangelischen Pressedienst folgende Erklärung zur Zusammenarbeit verbreiten lassen:

„Wir müssen uns daran gewöhnen, daß weder die Deutschen Christen noch die jungreformatorische Bewegung, weder die Kommissare des Staates noch die alten Kirchenvertreter die Kirche sind. Wir alle müssen erst wieder Kirche werden. Das Wichtigste ist im Augenblick die neue Verfassung der Kirche, die Verfassung der neuen deutschen evangelischen Gesamtkirche. Aber dieses große Werk, das in Kürze gelingen muß, ist gering und bei nahe unansehnlich, verglichen mit der ungeheuren geradezu unvorstellbaren Aufgabe, dieser Kirchenorganisation die lebendigen Glieder zu gewinnen, das kirchenentfremdete Volk organisch zu erfassen. Wer diese Aufgabe sieht und ernst nimmt, muß sich innerlich hinter die Arbeit des nunmehr zusammengetretenen Verfassungsausschusses für die deutsche evangelische Gesamtkirche stellen. Man darf hier nicht zunächst kompetenzmäßige Bedenken erheben wollen.“

Nur in gemeinsamer Zusammenarbeit kann echtes Vertrauen entstehen. Das brauchen wir bis zum Abschluß des Kirchenregiments jetzt am allernotwendigsten.“

Hoffnung auf ein baldiges gutes Ende des Kirchenstreits.

Wie vom Reichsinnenministerium mitgeteilt wird, hat Reichsminister Dr. Frick bei seinen Verhandlungen über die mit der Neuordnung der evangelischen Kirche zusammenhängenden Fragen allerseits guten Willen festgestellt. Es könne angenommen werden, daß der Abschluß des kirchlichen Verfassungswerkes Ende dieser oder spätestens Anfang nächster Woche vollzogen sei.

Weil wir keine Revolutionäre sind...

Pfarrer Berner-Abnigsberg, Leiter der ostpreussischen Deutschen Christen, schreibt im „Königsberger Anzeiger“ (Nr. 148 vom 28. Juni 1933):

„... Wie sehen also die Deutschen Christen die Lage der Kirche nach dem Rücktritt Bodelschwinghs und der Einsetzung eines Staatskommissars?“

„Weil wir keine Revolutionäre innerhalb der Kirche sind, weil wir ferner etwas anderes für unsere Kirche im Auge haben, als die „Durchsetzung totaler Machtansprüche unsererseits“, so denken wir gar nicht daran, jetzt irgend ein Jubelgeheul anzustimmen. Das verbietet uns die ganz tiefe Trauer darüber, daß es so weit hat kommen müssen. Wir haben seit Anfang April dieses Jahres gebeten und gerungen darum, man möchte durch weise Handlungen der führenden Kirchenmänner die Einsetzung eines provisorischen Kommissars unnötig machen. Wir haben auf immer neue Weise dargestellt und ausgesprochen, welche Hoffnungen unser Staat mit dem Neuwahl der Kirche verknüpft. Wir haben darauf hingewiesen, daß hinter dem einen Wort „Nationalsozialismus“ ganz starke geistige Impulse für alle Lebensgebiete sichtbar wurden und noch werden.“

„... Es ist also ein völliges Mißverstehen der Bewegung Deutsche Christen, wenn man uns unterstellt, wir wollten die Kirche „zur Kulturanstalt des Staates“ machen, oder wir seien „Verfechter der Vermischung von Kirche und politischem Machtanspruch“. Wer so redet, der beweist nur Klipp und Klar, daß er innerlich noch nicht über das Parteidenden der Jahre 1918—1932 hinausgewachsen ist. Die Deutschen Christen sind kein Machtelement, sondern eine geistige Bastion der neuen Zeit. All ihr Tun und Denken wird diktiert von dem einen ganz starken Wunsch, daß der unerträgliche Zustand und die Verengung der Kirche und ihrer Botschaft auf das Kleinbürgertum in der Kraft Gottes beendet werde, und daß das Evangelium wieder zum ganzen Volke spricht. Das bedeutet nun, weiß Gott, keinen Machtanspruch unsererseits, sondern einzig und allein eine ungeheure Belastung für uns, die wir uns zu solcher volksmissionarischen Arbeit allergrößten Stils einfach innerlich gezwungen sehen, ihr nicht ausweichen können und unter ihr, weil sie schon jahrelang früher hätte einsetzen müssen, jetzt nur seufzen und nicht frohlocken können. (Es gibt also auch führende Männer der Deutschen Christen, die am vergangenen Sonntag kein kirchliches Freudenfest feiern wollten, wie es ihr Reichsleiter, Pfarrer Hoffenfelder, befohl... D. N.)

„... Auch uns bedrückt es, daß die Verlebendigung des Volkes sich bisher im gottesdienstlichen Leben noch nicht zu ahnenmäßig so stark gezeigt hat, wie wir es erhofften; wir werden deshalb aus großer Liebe zu unserer Kirche unsere Vertrautheit mit den Vorkämpfern der nationalen Erneuerung nur in dem einen Sinn benutzen, daß, entsprechend dem ersten Willen des Führers Adolf Hitler, von jetzt ab mehr und mehr Volksgenossen unter Gottes Wort kommen, also: nicht Revolution, sondern Aufbau heißt das Programm der nächsten Tage und Jahre.“

Der „Reichsbote“ — Organ der Deutschen Christen.

Reichsdeutschen Meldungen zufolge wird sich der „Reichsbote“ künftig vollkommen in den Dienst der „Deutschen Christen“ stellen; Herausgeber ist Pfarrer Börzer.

Kleine Rundschau.

Mit 34 Jahren Großmutter.

Eine ungarische Zeitung veranstaltete kürzlich einen Wettbewerb für die jüngsten Großmütter. Siegerin wurde eine 36-jährige Frau aus Klempen (Ungarn). Dieser Rekord wurde jedoch einen Tag später von einer 34-jährigen Zigeunerin gebrochen, die der berühmten Zigeunerprimas-Familie Radics angehört. Ihre 17-jährige Tochter, die bereits zwei Jahre lang mit einem 21 Jahre alten Volksmusikanten verheiratet ist, schenkte einem Töchterchen das Leben. Auch der Großvater ist nur 37 Jahre alt. Die Radics-Familie erachtet es als Tradition, daß die Männer zwischen 18 und 20 heiraten und Mädchen zwischen 15 und 17 Jahren heimführen.

